

Passive Revolutionen mittels Sezessionismus: von Slowenien bis Katalonien

Carlos González-Villa

Seit Beginn des auf Souveränität gerichteten katalanischen Prozesses im September 2012 haben dessen FührerInnen die Ähnlichkeit zwischen diesem und anderen Fällen in der jüngsten europäischen Geschichte, vor allem dem Fall Sloweniens, hervorgehoben. Auf den slowenischen Fall wurde bereits vor Beginn dieses Prozesses verwiesen. So bezeichnete der historische katalanische Nationalistenführer Jordi Pujol (2010) Slowenien als „modellhaft“. Denn dessen Unabhängigkeit habe dank Führern erreicht worden, die bis zum Ende auf der Notwendigkeit beharrt hätten, untereinander zu Übereinkommen zu gelangen. Pujol sah sich als Freund des ersten Präsidenten des unabhängigen Sloweniens, Milan Kučan. Er habe diesen in kritischen Momenten des slowenischen Unabhängigkeitsprozesses gegen Ende 1990 beraten (Pujol 2004). Später, im Oktober 2017, wenige Stunden bevor der Präsident Carles Puigdemont die Unabhängigkeit erklärte (und diese unmittelbar danach aussetzte), bezog sich der katalanische Europa-Abgeordnete Ramón Tremosa besonders auf den slowenischen Fall, der Ähnlichkeiten zum katalanischen Fall aufweise und ein akzeptables Ergebnis für die internationalen Akteure gehabt habe (La Vanguardia 2017, Morel 2018: 122).

Das Ziehen von derartigen Parallelen war dank den laufenden Kontakten zwischen den sezessionistischen katalanischen FührerInnen und den slowenischen politisch-sozialen Akteuren möglich. Als Beispiele dieser Kontakte lassen sich die Ljubljana-Besuche von Raül Romeva – dem Verantwortlichen für die katalanischen Außenbeziehungen – im März 2017 (Solé 2017) und von Pere Aragonès – dem Verantwortlichen für die Ökonomie – zwei Monate zuvor (Urreiztieta 2018) aufführen. Später, im Dezember 2018, gab es ein informelles Treffen zwischen dem neuen katalanischen Präsidenten, Quim Torra, und dem slowenischen Präsidenten Borut Pahor in Ljubljana (La Vanguardia 2918a, RTV SLO 2018). Danach nahm er an einer Sitzung des Consejo para la República – einer Organisation privaten Charakters, die faktisch die Interessen des Ex-Präsidenten Carles Puigdemont in Brüssel wahrnimmt – teil und erklärte dort: „Für die Slowenen war es klar. Sie entschlossen sich zur Selbstbestimmung und dazu, auf dem Weg der Freiheit mit allen Konsequenzen bis zu deren Erreichung voranzuschreiten. Machen wir es wie sie – sagte Torra. Der slowenische Weg ist unser Weg“ (La Vanguardia 2018b).

Auch wenn die katalanischen Führer erklärt haben, dem slowenischen Weg zu folgen, so könnten doch die Ergebnisse nicht unterschiedlicher ausfallen. Während der slowenische Prozess auf einer kohäsiven führenden Klasse gründete und mit einer internationalen Anerkennung der Unabhängigkeit im Jahr 1992 endete, hat der katalanische Versuch zu einer zunehmenden sozialen Polarisierung, einer Reihe von Brüchen zwischen (und in) den Parteien sowie zwischen diesen und den wirtschaftlichen Eliten geführt. Seit der zeitweiligen Aufhebung der katalanischen Autonomie durch die Zentralregierung Spaniens (von Oktober bis Dezember 2017) erlebt Katalonien eine lange

Phase der Konfusion mit konjunkturellen Entwicklungen, die durch den kurzfristigen Opportunismus der Akteure gekennzeichnet ist. Diese haben wenig Bezüge zu den strukturellen Veränderungen nach der Krise von 2008, die durch die Covid-19-Pandemie noch beschleunigt worden sind.

Es stimmt schon, dass beide Fälle einen gemeinsamen Ausgangspunkt darin haben, dass sie nach einer langen Phase der Ausbildung eigener politischer Institutionen, welche eigene wirtschaftliche Prozesse innerhalb Jugoslawiens bzw. Spaniens schützten, in Gang kamen. Außerdem war in beiden Fällen eine politische Krise mit vorherigen ökonomischen Krisenphänomenen der Auslöser. In beiden Fällen initiierten die führenden lokalen Klassen politische Manöver mit dem Ziel, angesichts drohender Rezentralisierung oder dem Entstehen radikaler politischer Alternativen grundlegende Verhältnisse über die Forderung nach einem Bruch, wie der Schaffung eines neuen Staates, reproduzieren zu können. In diesem Sinn könnten beide sezessionistischen Prozesse von einer Perspektive der passiven Revolution (Gramsci 1991 ff.: Band 3, 4/XIII, § 57) her betrachtet werden.

Die passive Revolution unterscheidet sich von einer Revolution im konventionellen Sinne insoweit, als erstere von den führenden Klassen in einem Moment der Hegemoniekrise der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe mit dem Ziel einer Neuzusammensetzung des historischen Blocks in Gang gesetzt wird. Der Begriff des historischen Blocks fasst die Beziehungen zwischen der politischen Form des gesellschaftlichen Körpers zu den Produktionsverhältnissen (Gramsci 1991: Bd. 6, XXXIII, § 1, § 13, Bd. 7, 13/XXX, § 10). Während eine konventionelle Revolution eine organische Transformation der Gesellschaft ausgehend von der Arbeiterklasse vorantreibt, geht eine passive Revolution von der Prämisse aus, dass „ein soziales System nicht stirbt, bevor es nicht all seine Möglichkeiten ausgeschöpft hat, und ein Überleben erreichen kann, in dem es relative ‚Neuerungen‘ in der Form, wie eine gesellschaftlichen Gesamtheit geführt wird, einführt“ (Campiono 2007: 93). In diesem Sinne nutzt die passive Revolution die Autonomie des Politischen, ohne in einen Voluntarismus zu verfallen. Bei der erfolgreichen Neuzusammensetzung eines historischen Blocks – dem Endziel der passiven Revolution – werden die herrschenden Klassen in dem Moment führenden Klassen, in dem sie ihre engen korporativen Interessen einerseits wahren und andererseits überschreiten, in dem sie diese als gemeinsame Interessen für alle untergeordneten Gruppen der Gesellschaft mittels des Staates darstellen. Damit geben sie der gesamten Gesellschaft eine politische und ethische Richtung (Gramsci 1991 ff.: Bd. 7, 13/XXX, § 17).

Wenn einmal diese führende Position erlangt ist, kann die Neuzusammensetzung möglicherweise auch einen Moment des militärischen Kräftemessens durchlaufen. In dieser Hinsicht nutzt Gramsci das Fallbeispiel des Sezessionismus, um das Problem zu illustrieren: „Ein typisches Beispiel, das als Grenzfall-Demonstration dienen kann, ist das militärische Unterdrückungsverhältnis eines Staates gegenüber einer Nation, die ihre staatliche Unabhängigkeit zu erlangen sucht. Das Verhältnis ist nicht rein militärisch, sondern militärisch-politisch, und tatsächlich wäre ein solcher Typus der Unterdrückung ohne den Zustand sozialer Zersetzung des unterdrückten Volkes und die Passivität seiner Menschen nicht zu erklären; deshalb kann die Unabhängigkeit nicht mit rein militärischen Mitteln erlangt werden, sondern mit militärischen und militärisch-politischen. Wenn die unterdrückte Nation, um den Unabhängigkeitskampf einzuleiten, tatsächlich darauf warten müsste, daß der Hegemonialstaat ihr erlaubt, eine

eigene Armee im engen technischen Sinn des Wortes zu organisieren, dann könnte sie lange warten“ (Gramsci 1991 ff., Bd. 7, 13/XXX, § 17).

Die erfolgreiche Auflösung des von Gramsci identifizierten Dilemmas erfolgt innerhalb dessen, was er als „unterdrückte Nation“ bezeichnet, einerseits durch erfolgreiche Herausbildung einer „organischen Partei“, einem Konzept, das über die institutionalisierte Form einer politischen Partei hinausgeht und der Herausbildung eines organischen politischen Programms einer Sammlung der Kräfte, die in der Zivilgesellschaft aktiv sind, Form gibt (Gramsci 1991 ff.: Bd. 8, 17/IV, § 37), und andererseits in engem Verhältnis hierzu durch einen Prozess des „Trasformismo“ (Gramsci 1991 ff., 8/XXVIII, § 235). An diesem Punkt wird eine führende Klasse zu einer solchen insofern, als es ihr gelingt, Kräfte der verbündeten – und sogar der rivalisierenden – Gruppen einzubinden. So werden einige von deren aktiven Elementen, Teile ihrer Programme und manche ihrer ideologischen Charakteristika in einem Prozess, der einer „Kooptierung“ entspricht, integriert (Therborn 1979: 280 ff.). Die konjunkturellen Manöver sind in dem Maße erfolgreich, wie sie zu den strukturellen Interessen der führenden Klasse passen. Der Erfolg des Prozesses hängt letztlich auch von den internationalen Kräfteverhältnissen ab. In dieser Hinsicht hält Gramsci fest: „Ferner ist zu berücksichtigen, daß sich mit diesen inneren Beziehungen eines Nationalstaates die internationalen Beziehungen verflechten und dabei neue originelle und historisch konkrete Kombinationen hervorbringen. Eine in einem entwickelten Land entstandene Ideologie verbreitet sich in weniger entwickelten Ländern und beeinflusst das lokale Spiel der Kombinationen (...) Dieses Verhältnis zwischen internationalen Kräften und nationalen Kräften verkompliziert sich noch durch die Existenz etlicher territorialer Sektoren von unterschiedlicher Struktur und unterschiedlichem Kräfteverhältnissen auf allen Ebenen im Inneren jeden Staates“ (Gramsci 1991 ff.: Bd. 7, 13/XXX, § 17).

Über die Analyse der Natur der Protagonisten in beiden Fällen, ihren jeweiligen räumlichen und zeitlichen Kontext sowie ihre jeweiligen Eigenheiten (Suau 2016: 160) werden die Dynamiken identifiziert, die in Slowenien zur Rekonstruktion eines historischen Blocks und zur Zerspaltung des katalanischen Blockes führten. Hierbei stehen drei Momente des Studiums der Kräfteverhältnisse im gramscianischen Denken im Vordergrund: das strukturelle Moment, die politischen und militärischen Kräfteverhältnisse.

Die erfolgreiche Reproduktion in Slowenien

In der passiven slowenischen Revolution hat der institutionelle Apparat eine nationalistisch-profilierter Operation des Transformismus vorangetrieben, dies es erlaubte das jugoslawische sozio-ökonomische Schema auch über die Unabhängigkeit hinaus zu reproduzieren. Dem historischen Block, der unter der Hegemonie der Manager und technischen Kader der Gemeinschaften der Selbstverwaltung stand und in den die Arbeiterklasse untergeordnet eingebunden war, gelang es, sich bis zur Integration in die Europäische Union zu reproduzieren (Bembič 2017).

Das strukturelle Moment der slowenischen passiven Revolution trat mit dem Beginn der systemischen jugoslawischen Krise und den verschiedenen Versuchen, diese zu lösen, in den 1980er Jahren hervor. Der plötzliche Anstieg der internationalen Zinsen, die

Veränderung der kommerziellen Prioritäten Westeuropas und der Anstieg der Erdölpreise brachten Widersprüche hervor, die nicht allein mit kleinen Systemanpassungen gelöst werden konnten (Woodward 1995a: 47 f.). Gleichzeitig erlaubten die Charakteristika des Systems keine Modifikation des Status quo (Palacios 2001: 323 f.). In diesem Jahrzehnt wurden Austeritätsmaßnahmen zur Finanzierung des Schuldendienstes durchgeführt. Diese hatten Auswirkungen auf das Alltagsleben der Bevölkerung. Ihre Kaufkraft verminderte sich in einem Kontext der steigenden Arbeitslosigkeit. Diese Dynamik wurde durch Interessengemeinschaften auf Ebene der Republiken und autonomen Provinzen vermittelt. Diese hatten ihre Ursprünge in der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in Jugoslawien seit dem Jahr 1965, die durch eine steigende Tendenz der politischen Dezentralisierung begleitet war.

Diese Reformen trugen dazu bei, die bereits bestehenden Unterschiede zwischen den reichen Regionen im Norden Jugoslawiens und den armen Regionen im Süden zu akzentuieren. Denn die Firmen im Norden hatten größere Finanzierungsmöglichkeiten und konnten letztlich auch von den niedrigen Löhnen in der Peripherie profitieren. 1980 hatte Slowenien die zweitbeste interregionale Handelsbilanz (nach der serbischen Provinz Vojvodina) und die beste im internationalen Handel (Bićanić 1988: 122 ff.). All dies wurde durch Faktoren wie dem der Entwicklung der Infrastrukturen, Bahnlinien, Telekommunikationsverbindungen, Pipeline- und Elektrizitätsnetze (Mencinger 2014: 15) und dem hohen Lebensstandard der Bevölkerung (Zimmermann 1977: 36) begünstigt. Diese günstigen Bedingungen ermöglichte es den politischen und sozialen Kräften – einschließlich der technischen und manageriellen Klasse und der organisierten Arbeiterklasse, deren RepräsentantInnen eine harmonisierende Funktion innerhalb der Unternehmen sowie zwischen den Unternehmen und den politischen Institutionen wahrnahmen (Kirn 2019: 125) – eine Interessengemeinschaft zu bilden, die sich im Namen der Wettbewerbsfähigkeit der Kontrolle von Aspekten der Wirtschaftspolitik durch die föderalen jugoslawischen Instanzen widersetzte. Dabei ging es um Fragen wie die Umverteilung des Sozialproduktes zwischen den Regionen, die Verwaltung der Devisen, die Industriestrategie und die Preisregulierung.

Von diesem Ausgangspunkt aus entwickelte die führende slowenische Klasse eine Reihe von politisch-institutionellen Reformen, die jeden Versuch einer Rezentralisierung der Wirtschaftspolitik blockierten, den Charakter der Föderation transformierten und ihre bloße Existenz als Staat konditionierten. Damit hatte das Moment der Kräfteverhältnisse einen präventiven Charakter, der mögliche rezentralisierende Bewegungen anderer Akteure der Föderation konterkarieren sollte. Eine dieser Bewegungen, die letztlich den Status von Slowenien nicht direkt betraf, war die zunehmende Festigung der Macht Serbiens in seinen autonomen Provinzen (Kosovo und Vojvodina, d.Ü.), die sich im Aufstieg von Slobodan Milošević widerspiegelte (Veiga 2011: 105). Eine andere auf Rezentralisierung gerichtete Bewegung ging von den föderalen Regierungen, die hierin von den transnationalen Bürokratien unterstützt wurde (Woodward 2017: 229), aus. Hier ging es um darum, die zentralstaatlichen Instanzen mit verstärkten Kompetenzen bei der wirtschaftlichen Krisenbewältigung auszustatten und die internen Umverteilungsmechanismen beizubehalten. Beides lief den Interessen Ljubljanas zuwider.

Die Reproduktion des historischen Blocks war dank der Gewährleistung von Vollbeschäftigung – was beim Ausbruch der Krise eine Schlüsselvariable war (Woodward 1995b) – und in diesem Kontext von Initiativen des Bundes der Kommunisten Slowe-

niens möglich. Dieser veränderte die Art, in der er Verbindungen zu anderen Gruppen herstellte und verstärkte so seine Repräsentativität. Er integrierte diese schrittweise. Damit wurde eine neue Homogenität geschaffen. Die Entstehung dieser slowenischen „organischen Partei“ durchlief verschiedene Phasen. Die erste Phase zu Beginn der 1980er Jahre bestand einerseits darin, dass der sozialistische Jugendverband (ZSMS) neue soziale Bewegungen unter seinem Dach beherbergte, und andererseits in der Entstehung einer nationalistischen Opposition. Hierfür war die Gründung der Zeitschrift *Nova Revija* von grundlegender Bedeutung. Dies wäre, wie ihr Gründer Dimitrije Rupel (2017) in Erinnerung ruft, nicht ohne die Duldung der Kommunisten möglich gewesen. Beide Akteure fanden schrittweise und in einem ähnlichen Rhythmus in einer gemeinsamen Front gegen Belgrad zusammen: 1987 mit Ereignissen wie der Kontroverse über die „Plakatna afera“¹ oder der Veröffentlichung von Beiträgen für ein Slowenisches Nationalprogramm in der *Nova Revija* und 1988 mit der Festnahme und späteren Verurteilung von drei Journalisten und einem Militärangehörigen wegen des Verrats von Militärgeheimnissen². Die öffentliche Reaktion darauf, dass der Prozess im Rahmen der Militärgerichtsbarkeit und – trotz eines Prozessortes in Slowenien – in Serbo-Kroatisch stattfand, war stark und mündete in das Entstehen einer Massenbewegung, die als „slowenischer Frühling“ bekannt ist. In diesen engagierten sich die wichtigsten Sektoren der Zivilgesellschaft über das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte (*Odbor za varstvo človekovih pravic*), das von Igor Bavčar, der mit der Sozialistischen Allianz (die als Schirm für Organisationen der Zivilgesellschaft diente) verbunden war, ins Leben gerufen worden war. Im Laufe der Zeit konzentrierten sich, wie sich ein Mitglied des Komitees, Rastko Močnik (2011), erinnert, dessen Forderungen immer mehr auf die Verteidigung der slowenischen Sprache aus einer nationalistischen Perspektive. Aus dieser gemeinsamen Plattform entstanden verschiedene Initiativen für eine Reform der slowenischen Verfassung (Žerdin 1997: 26) und für die Gründung neuer Parteien, die in einer neuen Demokratie, begrenzt auf Slowenien, mit einander konkurrieren würden.

Diese neuen Grenzen „des Politischen“ – in der Terminologie von Mouffe (2013) – bestimmten die Dynamik des dritten Moments, des politisch-militärischen. Diese wurde mit der Verabschiedung einer Verfassungsnovelle im September 1989 in Gang gesetzt. Diese Novelle erweiterte nicht nur die Handlungsspielräume der slowenischen Institutionen – sie erhielten das Recht, eine Sezession zu erklären, sowie das Monopol bei der Erklärung des Ausnahmezustandes und behielten sich das letzte Wort über Bundesfunktionen vor -, sondern sie veränderten auch den Charakter des Staates selbst, in dem sie ihn praktisch in eine Konföderation verwandelten (Hayden 1999). Rechtliche Reformen schufen im Dezember desselben Jahres außerdem den Rahmen für ein Mehrparteiensystem auf Republiksebene, wodurch faktisch die Entstehung von politischen Parteien und Wahlwettbewerb auf Bundesebene erstickt wurde.

Die Wahlen von 1990 resultierten in einer „Kohabitation“ (Rupel 2011) zwischen einer Präsidentschaft, an deren Spitze der Ex-Kommunist Milan Kučan stand, und einer mehrheitlich rechten Regierung. Ab diesem Zeitpunkt war der auf Souveränität gerichtete Prozess durch eine Aktionseinheit geprägt. Ein Beispiel hierfür war die Souveränitätserklärung am 2. Juli 1990, die mit 187 Stimmen bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen verabschiedet wurde (Pesek 2007: 196). Im Laufe der Monate gewann die Präsidentschaft Kontrolle über den Staatsapparat, während Kučan allmählich Vorschläge des Flügels übernahm, der am prononciertesten die Unabhängigkeitsagenda

verfolgte. Dieser wurde durch Personen wie Dimitrije Rupel, Igor Bavčar und Janez Janša, welche das Außen-, Innen- bzw. Verteidigungsressort innehatten, repräsentiert. Dieser Flügel drängte auf die Abhaltung des Sezessionsreferendums im Dezember 1990. Dieser Moment wurde als Reaktion auf die Entwicklung in Jugoslawien – den zunehmenden Spannungen in Kroatien – und auf internationaler Ebene – der Wiedervereinigung in Deutschland, die einen Rahmen schaffte, der Grenzänderungen in Europa mit Berufung auf nationale Kriterien rechtfertigte, erreicht. Dieses Referendum war eher eine Form der Legitimierung der Sezession als ein Instrument der demokratischen Deliberation. In dieser Hinsicht war es ein Erfolg: 88 % der WählerInnen sprachen sich für die Sezession aus.

Danach gab es eine Periode von sechs Monaten, in der die institutionellen, militärischen und diplomatischen Vorbereitungen der SlowenInnen für den erfolgreichen Vollzug der Sezession ihren Höhepunkt erreichten. Die institutionellen Vorbereitungen beinhalteten ein Paket von 13 Gesetzen, welche das Funktionieren des Staates garantieren (Pesek 2012: 181) sowie die Übernahme der vollen Kontrolle über das Fiskalsystem und die Emission einer eigenen Währung erlauben sollten. Bei den militärischen Vorbereitungen ging es um den Kauf Rüstungsgütern, welche auf Grundlage der Territorialverteidigung der Republik (die bis dahin, gemeinsam mit der Armee Teil der Verteidigungsorganisation der Föderation gewesen war) die Bildung flexibler Streitkräfte erlauben würde, die für einen kurzen Konflikt mit der Jugoslawischen Volksarmee gerüstet wären. Die Waffen trafen zwischen Dezember 1990 und Juni 1991 aus sehr vielfältigen Quellen ein. Hierzu zählten Waffenlieferungen aus Singapur, die über israelische Vermittlung liefen (Haldnik 2013), der Import der Kommunikationsausrüstung Pacal aus dem Vereinigten Königreich (Zgaga/Barnett 2000), die Einschaltung von Vermittlern, um Überschussbestände aus den Beständen der DDR-Streitkräfte zu erhalten (Der Spiegel 1992), und die Einschaltung von Vermittlern wie Bulgarien, das über seine Firma Klintex sogar 16 Container mit Waffen lieferte, die wenige Tage vor der Erklärung der Unabhängigkeit in Slowenien einlangten (Šurc/Zgaga 2011: 206). All dies baute, wenn nicht auf die Unterstützung durch westliche Mächte – wie der der Finanzierung von Käufen durch zwischengeschaltete Firmen seitens Deutschlands (Šurc/Zgaga 2011: 91 ff.), so doch auf deren Hinnahme des *fait accompli*. Dieses wurde früh zu Kenntnis genommen. Da die slowenischen VertreterInnen Informationstreffen mit VertreterInnen der Großmächte und internationaler Organisationen wie der NATO abhielten, waren diese über die realen Entwicklungen auf dem Laufenden (Janša 1994: 92). Die Großmächte taten nichts, um diesen Ausgang (die Unabhängigkeit, d.Ü.) zu verhindern. Sie segneten im Gegenteil das *fait accompli* über eine Intervention einer Troika aus EU-VertreterInnen ab, die im Juli 1991 Verhandlungen anstieß, bei der die jugoslawische Bundesregierung und die slowenische Regierung gleichrangig am Verhandlungstisch saßen. Aus den Verhandlungen resultierten die Erklärung von Brioni – ein Vorspiel für die Anerkennung seitens der europäischen Staaten, die im Jänner 1992 erfolgte – und der Rückzug der Bundesarmee, die durch ein Abkommen zwischen Borislav Jović und Janez Drnovšek, den serbischen bzw. slowenischen Repräsentanten in der Bundespräsidentschaft – erreicht wurde.

Katalanische Zerspaltungen

Das strukturelle Moment der katalanischen passiven Revolution stand im Kontext des Zerfalls der gesellschaftlichen Koalition, die jene für Jahre charakteristisch war, in denen Jordi Pujol, der historische Führer der Koalition *Convergència i Unió* und Repräsentant der katalanischen Bourgeoisie, die Regionalregierung führte (1980–2003). Unter der Hegemonie der katalanischen Bourgeoisie schloss der historische Block auch die Arbeiterklasse ein, die als politische Kraft in den 1980er Jahren zerfiel. Mit der Krise, die mit der großen Rezession verbunden und „einen großen Schritt von industriellen zur postindustriellen Gesellschaft“ (Sarasa et al. 2013: 81) darstellte, begannen Wohlstandsgewinne dieser Periode in Frage gestellt zu werden. Der auf Souveränität gerichtete Prozess entfaltete sich mitten in der Konsolidierung dieser postindustriellen Gesellschaft, in der sich die Wichtigkeit der Industrie und Bauwirtschaft in der Ökonomie verminderte und die Bedeutung des Tertiärsektors in der Wirtschaftsstruktur zunahm. So minderte sich der Anteil der in typisch industriellen Tätigkeiten Beschäftigten in der Zeit von 2006 bis 2011 von 21 % auf 16 %. Dieser Arbeitsplatzabbau, der auch die Bauwirtschaft betraf, wurde teilweise durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und die Ausweitung neuer Leitungsfunktionen im Tertiärbereich ausgeglichen. Gleichzeitig gab es allgemeine Tendenzen des Abbaus sozialer Sicherheit, Minderungen des Einkommensniveaus, die Zunahme von Armut, die Ausweitung der Ungleichheit – besonders innerhalb der Mittelklasse, speziell zwischen den leitenden Angestellten und der wachsenden Zahl von Selbständigen – sowie des steigenden Risikos des Arbeitsplatzverlustes, das alle Klassen betraf (Sarasa et al. 2013: 82).

In diesem Kontext von Angst und Unsicherheit war die Unterstützung für die Unabhängigkeit stärker unter jenen, die etwas zu verlieren hatten. Ein Stimmverhalten zugunsten der Sezession war unter den gut verdienenden ArbeiterInnen verbreitet, die mit ihrem Einkommen zufrieden waren und der Meinung waren, dass sich die wirtschaftliche Situation ihrer Haushalte verbesserte oder zumindest nicht verschlechterte. Ein Stimmverhalten gegen die Sezession herrschte bei jenen vor, die ein Monatseinkommen von weniger als 1200 Euro erzielten, die ihre Stelle verloren hatten und bei denen im letzten Jahr das Haushaltseinkommen gesunken war bzw. ein Familienmitglied die Arbeit verloren hatte (Centre d'estudis d'Opinió 2017: 32 f., 38). Diese Position machten sich die Gewerkschaften nicht zu eigen. Vielmehr beschränkten sie sich darauf, das „Recht zu entscheiden“ – ein Euphemismus der Unabhängigkeitsbewegung, um den problematischen Ausdruck des „Selbstbestimmungsrechts“ zu vermeiden – zu unterstützen, nicht aber die Forderung nach Unabhängigkeit an sich (Pérez 2017). Auf der anderen Seite positionierten sich die oberen Klassen mehrheitlich gegen die Sezession (Bustamante 2017). Nach der Unabhängigkeitserklärung im Oktober 2017 verlegte ein Teil der katalanischen Großunternehmen, darunter La Caixa, Banco Sabadell, Gas Natural und Albertis, ihren Firmensitz. Bis zum Mai 2018 hatten mehr als 4000 Unternehmen diesen Schritt gemacht (Segovia 2018). Am sichtbarsten war die Fragmentierung bei den Unternehmerorganisationen. Das Unternehmerlager war zuweilen am Punkt des Zerreißen, da es Divergenzen zwischen der Leitung und dem Großteil der mehrheitlich gegen die Unabhängigkeit orientierten Mitgliedsunternehmen von *Forment del Treball*, die Teil der *Confederación Española de Organizaciones Empresariales* (CEOE) war, und den Organisationen *Cecot* und *Fepime*, die

kleine und mittlere Unternehmen vertraten und deren Mitglieder überwiegend für die Sezession waren.

Das zweite Moment, die politischen Kräfteverhältnisse, ist der gescheiterte Versuch der Instrumentalisierung des Sezessionismus seitens der politischen Koalition, welche die katalanische Bourgeoisie vertrat, der *Convergència i Unió* (CiU). Diese versuchte der Gefahr zu begegnen, die für sie die Bewegung der *Indignados* von 2011 und der Zyklus der gewerkschaftlichen Mobilisierung im Kontext der Euro-Krise und der Austeritätspolitik darstellten. Real war die CiU in Katalonien von 2010 bis 2012 die Pionierin der Austeritätspolitik gewesen und hatte dabei die Unterstützung des *Partido Popular*, der radikal antiseparatistisch eingestellt war. Die Umzinglung des katalanischen Parlaments durch mit der Bewegung 15-M³ verbundenen DemonstrantInnen am 15. Juni 2011 war Anlass für einen sezessionistischen Schub in der CiU, die bislang nicht die Unabhängigkeit unterstützt hatte. Die katalanische Regierung sah in der Situation eine direkte Bedrohung ihrer Hegemonie durch die radikale Linke. Sie vermochte aber mit Geschick den „madrider“ Ursprung der Bewegung für sich auszuschlachten. Dabei hatte sie auch Unterstützung der nationalistischen Linken. So stigmatisierte der Führer der *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC), Josep-Lluís Carod Rovira, die Bewegung 15-M in einem böartigen Artikel als eine „Bewegung der spanischen Indignation“ (Rovira 2011).

Ein zweites Motiv, das die katalanische Bourgeoisie veranlasste die Souveränitätskarte zu spielen, war die Möglichkeit sie als Pressionsinstrument zu nutzen, um eine höhere fiskalische Dezentralisierung innerhalb Spaniens zu erreichen, wie ihn bereits das Baskenland und Navarra haben (Cosubiela 2018, García 2018: 28). Das sezessionistische Experiment (das im Oktober 2017 demontiert wurde) erwies sich insofern als rauschender Misserfolg für die katalanische Bourgeoisie, als die erwähnte CiU als solche nicht mehr existiert und ihre Reste politisch auf Organisationen wie die *Candidatura de Unitat Popular* (CUP), einer pankatalanischen Partei, die Bewegungscharakter hat und auf öffentliche Versammlungen als Form der politischen Willensbildung setzt, angewiesen sind. Auf diese Weise hat die bislang in Katalonien hegemoniale Klasse ihre politische Vertretung verloren (Santamaría 2021).

Die Dynamiken in und zwischen den sezessionistischen Parteien verhinderten eine koordinierte Strategie, um die Unabhängigkeit oder zumindest so etwas wie einen eigenen Hof zu erreichen. Der Wettbewerb zwischen der CiU und der ERC – einer sezessionistischen Mitte-Links-Partei – darum, wer glaubwürdiger in den Augen der auf Unabhängigkeit gerichteten Organisationen der Zivilgesellschaft sei, plus das Auftreten der CUP führten zu einem nicht erreichten Maß der Selbstbezogenheit, die weit über die „relative Autonomie“ im Verständnis von Poulantzas (1973: 143) hinausgeht. Das übersetzte sich in einen nicht tragfähigen Voluntarismus. Seit 2012 sind die Parteien unter dem Druck des Auf und Ab der sozialen Mobilisierung populistischen Charakters. Diese appelliert an die nationalen Emotionen, bei denen der Wunsch nach ökonomischer Selbstregierung hervorsteht (Canal 2018: 161). Es wurde der Ruf nach einem Mandat des Volkes auf der Straße mittels eines Referendums laut. Die Polarisierung dieses Volkes im Hinblick auf antagonistische – *spanische* – Elemente innerhalb der katalanischen Gesellschaft wurde hervorgehoben (Canal 2018: 195 f.). Dies geschah ohne ausreichende organische Unterstützung und ohne reale Fortschritte bei der Bildung eines neuen Staates.

In dem Maß, in dem sich die politischen und rechtlichen Widerstände der Zentralregierung verhärteten, erhöhte die katalanische Regierung den Druck – zunehmend auch um das eigene Überleben zu sichern. In diesem Rahmen entwickelten sich 2013 und 2014 soziale Mobilisierungen, die sich in eine Souveränitätserklärung im Jänner 2013 und eine als „Beteiligungsprozess“ bezeichnete Konsultation im November 2014 übersetzten. Diese wurde von der katalanischen Regierung betrieben, nachdem das Verfassungsgericht ein formales Referendum untersagt hatte. Die erratische Bewegung spiegelte die Suche nach einem unmöglichen Gleichgewicht zwischen der Kontrolle der radikalsten Unabhängigkeitssektoren, der Fortsetzung der neoliberalen Politiken und der Verbesserung der Beziehungen zu Madrid wider.

Die Flucht nach vorn setzte sich in vorgezogenen Neuwahlen im September 2015 fort. Hierfür gruppierten sich die SezessionistInnen in einer gemeinsamen Liste *Junts pel Sí* (JxSí). Auf der waren Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft zu finden, politisch wurde sie aber von der ERC und der *Convergència Democràtica de Catalunya* (einer der Komponenten der bereits aufgelösten CiU) kontrolliert. Jenseits der gemeinsamen Strategie ermöglichte es dieser politische Zug der ERC, dem Ziel einer Führungsrolle im Souveränitätslager näher zu kommen, und die CDC sah in dem Experiment eine Gelegenheit zur Vertiefung ihrer langfristigen Strategie, die als Ziel eine Ausweitung ihrer gesellschaftlichen Einflussbasis hatte (Amat 2018: 54 ff.). Die wacklige Basis der Bewegung wurde durch das Wahlergebnis erschüttert, das unterhalb der addierten Stimmen von CiU und ERC bei den Wahlen im Jahr 2012 lag. Die Liste lag 10 Sitze unterhalb der absoluten Mehrheit. Angesichts des „plebiszitären“ Charakters, der den Wahlen zugeschrieben worden war, erlangten die 10 Abgeordneten der CUP (die sich nicht der gemeinsamen Kandidatur angeschlossen hatten) zentrale Bedeutung, obwohl auch so die Summe aller Stimmen für diese Option deutlich unter 50% lag. Die Bedingungen, die CUP stellte, hatten kurzfristig sehr greifbare Folgen. Sie brachten den Fall von Artur Mas, einer Führungsfigur aus dem Umfeld der CiU, und seinem historischen Vorgänger Jordi Pujol aufgrund der Aufdeckung von Korruptionsfällen. In diesem Kontext kam als Wahlvorschlag für den neuen Regierungschef ein fast Unbekannter auf das Tablet: Carles Puigdemont. Er war bislang Bürgermeister von Girona gewesen und hatte ein klares Profil als Befürworter der Unabhängigkeit (García 2018: 26).

Seitdem geht es in der katalanischen Politik um die Bewahrung der Koalition zwischen den sezessionistischen Parteien. Diese hatte keine ausreichende Unterstützung um weitreichende Projekte wie die Grundlegung eines neuen Staates zum Abschluss zu bringen. Somit war das zweite Moment der passiven Revolution ein Misserfolg. Damit war auch beim dritten Moment – der politisch-militärischen Konfrontation – nicht viel zu holen. In dieser neuen Etappe hatten die Souveränität zielenden Initiativen nur eine geringe institutionelle Wirkung, zogen aber eine gesellschaftliche Polarisierung und letztlich auch einen Bruch innerhalb der führenden katalanischen Gruppe nach sich. Zu diesen Initiativen zählen die Resolution vom November 2014, die den Souveränitätsprozess als eröffnet erklärte, die Schaffung sogenannter „Staatsstrukturen“, unter denen die Schaffung einer neuen Steueragentur hervorzuheben wäre, und die Gründung einer Studienkommission für Planung eines „Verfassungsgebungsprozesses“. All diese Initiativen wurden vom Verfassungsgericht suspendiert. In diesem Kontext trat die Fragilität des sezessionistischen institutionellen Blockes einmal mehr zu Tage, als die CUP wegen ihrer Ablehnung des Haushaltsentwurfs im Juni 2016 die Vertrauensfrage auf

die Tagesordnung setzte. Die Reaktion der Regierung bestand darin, ein Referendum und die anschließende Unabhängigkeitserklärung für den Herbst 2017 vorzubereiten, ohne die notwendigen Vorbereitungen für die Schaffung eines neuen Staates zu treffen (Vila 2018: 23 f.).

Die Ereignisse der damaligen Zeit zeigten das unzureichende politische Kapital, über welches die secessionistische Option verfügte. Dies wurde bei der Abstimmung über die Referendums- und Übergangsgesetze am 6. und 7. September 2017 (in Parlamentssitzungen, bei denen grundlegende Rechte der Opposition verletzt wurden), der Erklärung der Unabhängigkeit (die wenige Sekunden später wieder suspendiert wurde) und dem Rücktritt des Abgeordneten Santi Vila am Vorabend des 27. Oktober deutlich. Der Bericht von Letzterem hob die Rolle der ERC und der sozialen Medien, in denen die radikalsten Stimmen der Souveränitätsbewegung einen Niederschlag fanden, bei der Entscheidung von Puidgemont hervor, den Prozess nicht im letzten Moment abzubrechen (Vila 2018: 56 ff.). Gleichzeitig wurde klar, dass die spanische Regierung über ausreichend Macht verfügte, um ihre Autorität durchzusetzen. Sie hatte einen ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt in der Bevölkerung – teils in sehr exaltierter Form (El País 2017). Gleichzeitig war der Widerstand in Katalonien nicht stark genug. Die Unabhängigkeitsbewegung hatte keine Unterstützung seitens der Europäischen Union (Emmott 2017, Cardenal 2020). Das ermöglichte es der spanischen Regierung auf die Souveränitätsbestrebungen mit Verhaftungen, der Intervention der Policía Nacional und Guardia Civil in das Referendum vom 1. Oktober und der Ausübung einer direkten Kontrolle über die Autonomieverwaltung, ohne auf Widerstand zu stoßen, zu reagieren (Juliana 2018). Letztlich konnte der Justiz eine Freikarte bei der Strafverfolgung der secessionistischen HauptakteurInnen ausgestellt werden.

Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag arbeitet zwei sehr unterschiedliche Wege von einem gemeinsamen Ausgangspunkt heraus: dem Versuch einer herrschenden Klassen in einem komplexen Staat, in einer turbulenten Situation die Flucht nach vorn anzutreten. Während es den führenden slowenischen Klassen gelang, dank der systematischen Aktion der Eliten den historischen Block in hegemonialer Form anzuführen, ging die katalanische Bourgeoisie ihrer politischen Vertretung verlustig. Letzteres sagt weniger etwas über die Fähigkeit der Klasse aus, ihre politische Repräsentation zu gewährleisten (was auch über andere Parteien hätte erfolgen können) als über ihre Probleme, den historischen Block zu reorganisieren. Denn sie wurde durch ihre eigenen untergeordneten Klassen, die bei Spanien verbleiben wollten, desavouiert.

Aus dieser Perspektive sollte man nicht aus dem Blick verlieren, dass der heutige europäische Sezessionismus Teil eines Kontinuums von passiven Revolutionen in einem Europa ist, das sich immer instabiler zeigt und seinen Platz in dieser Welt nicht zu finden mag. Trotz des Erlangens der Unabhängigkeit verbleibt auch Slowenien nicht außerhalb dieser Dynamik. Nach der Unabhängigkeit und dem EU-Beitritt, verloren seine herrschenden Klassen die Kontrolle über den Produktionsapparat und ließen die Arbeiterklasse in einer zunehmenden Prekarität. Damit wurde in gewisser Weise eine Maxime von Gramsci realisiert: „Von dieser Reihe von Tatsachen her kann man zu dem

Schluß kommen, daß die sogenannte ‚Partei des Auslandes‘ oft eben nicht diejenige ist, die gemeinhin als solche ausgegeben wird, sondern gerade die nationalistische Partei, welche, statt die lebendigen Kräfte des eigenen Landes zu repräsentieren, in Wirklichkeit dessen Unterordnung und wirtschaftliche Unterwerfung gegenüber den hegemonialen Nationen repräsentiert“ (Gramsci 1991 ff.: Bd. 7, 13/XXX, § 2).

Übersetzung aus dem Spanischen: Joachim Becker

Anmerkungen

- 1) Stein des Anstoßes war ein slowenisches Plakat zum „Tag der Jugend“ (Anm. d. Ü.).
- 2) Einer der Verhafteten war der damalige Journalist und heutige slowenische Premierminister Janez Janša (Anm. d. Ü.).
- 3) Die Bewegung 15-M demonstrierte im ganzen Land gegen die Austeritätspolitik und besetzte zentrale Plätze in Großstädten.

Literatur

- Bembič, Branko (2017): From victory to victory to the final retreat: Changing balance of class forces in the Slovenian transition. In: *Tiempo devorado*, 4 (2), 363–398.
- Bićanić, Ivo (1988): Fractured economy. In: Dennison Rusinow (ed.): *Yugoslavia: A Fractured Federalism*. Washington, DC: The Wilson Center.
- Bustamante, Elena (2017): La guerra entre la alta burguesía catalana: El 1-O la divide. In: *El Español*, September 17. https://www.elespanol.com/corazon/famosos/20170915/246975651_0.html (30.6.2021).
- Campione, Daniel (2007): Para leer a Gramsci. Buenos Aires: Ediciones del CCC.
- Canal, Jordi (2018): Con permiso de Kafka: El proceso independentista en Cataluña. Barcelona: Península.
- Cardenal, Pablo (2020): La telaraña: La trama exterior del procés. Madrid: Ariel.
- Carod-Rovira, Josep-Lluís (2011): Indignació espanyola. In: *NacióDigital*, June 16. <https://www.naciodigital.cat/opinio/1964/indignacio/espanyola> (30.6.2021).
- Centre d’Estudis d’Opinió (2017): Preguntes sobre la independència i el referèndum. Datos socioeconómicos. In: *Baròmetre d’Opinió Política 41*, Segunda oleada. <http://ceo.gencat.cat/es/barometre/detall/index.html?id=6288> (30.6.2021).
- Coscubiela, Joan (2018): Empantanados: Una alternativa federal al sóviet carlista. Barcelona: Península.
- Der Spiegel (1992): Deutsche Adresse ohne Problem. April 27. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688121.html> (30.6.2021).
- El País (2017): Decenas de personas despiden a la Guardia Civil al grito de “¡A por ellos!” en Huelva. September 26. https://elpais.com/elpais/2017/09/26/videos/1506415900_563573.html (30.6.2021).
- Emmott, Robin: Catalonia finds no friends among EU leaders. In: Reuters, October 19. <https://www.reuters.com/article/us-spain-politics-catalonia-eu/catalonia-finds-no-friends-among-eu-leaders-idUSKBN1CO31E> (30.6.2021).
- García, Lola (2018): El naufragio: La deconstrucción del sueño independentista. Barcelona: Península.
- González Villa, Carlos (2014): Slovenian 1989: Elite Construction of a National Democracy. In: *Časopis za povijest Zapadne Hrvatske*, 9, 53–76.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): *Gefängnishefte*. Band 1-6, Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.
- Hayden, Robert (1999): Blueprints for a house divided: The constitutional logic of the Yugoslav conflicts. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Hladnik-Milharčič (2013): Interview with the autor. Ljubljana, May 28.
- Janša, Janez (1994): *The Making of the Slovenian State, 1988-1992: The Collapse of Yugoslavia*. Ljubljana: Mladinska knjiga.

- Juliana, Enric (2018): Se cumplen cien días de la aplicación del artículo 155. In: *La Vanguardia*, February 4. <https://www.lavanguardia.com/politica/20180204/44518036224/se-cumplen-cien-dias-de-la-aplicacion-del-articulo-155.html> (30.6.2021).
- Kirn, Gal (2018): *Partisan Ruptures: Self-Management, Market Reform and the Spectre of Socialist Yugoslavia*. London: Pluto Press.
- La Vanguardia (2017): Tremosa apunta a la vía eslovena: Declarar la independencia y suspenderla un tiempo. October 9. <http://www.lavanguardia.com/politica/20171009/431919589121/ramon-tremosa-eslovenia-independencia-suspenderla-tiempo.html> (30.6.2021).
- La Vanguardia (2018a): Torra: “La Constitución ya no sirve; es una jaula para muchos catalanes”. December 6. <https://www.lavanguardia.com/politica/20181206/453395814084/quim-torra-eslovenia-constitucion-jaula-catalanes.html> (30.6.2021).
- La Vanguardia (2018b). Torra plantea la vía eslovena porque “ya no hay marcha atrás” posible. December 9. <https://www.lavanguardia.com/politica/20181209/453445198374/independentismo-via-eslovena-comin-torra-consell-republica.html> (30.6.2021).
- Mencinger, Jože (2014): *The Rise and Decline of a Country. Experience of Slovenia*. Barcelona: Eurasian Hub, Colección Antioquía 5.
- Močnik, Rastko (2011): interview with the author. Ljubljana, May 4.
- Morel, Sandrine (2018): *El Huracán Catalán*. Barcelona: Planeta.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics*. London: Verso.
- Palacios, José Miguel (2001): “Democratización y estatalidad en la Unión Soviética y en Yugoslavia. PhD thesis, National University of Distance Education.
- Pérez, Manel (2017): La clase obrera y el ‘procés’. In: *La Vanguardia*, March 12. <http://www.lavanguardia.com/economia/20170312/42801045779/clase-obrera-proces.html> (30.6.2021).
- Pesek, Rosvita (2007): *Osamosvijitev Slovenije*. Ljubljana: Nova revija.
- Pesek, Rosvita (2012): *Osamosvojitvena vlada: Kako so gradili državo*. Celovec: Mohorjeva.
- Poulantzas, Nicos (1973). *Political Power and Social Classes*. London: New Left.
- Pujol, Jordi (2004): El procés d’independència dels nous Estats europeus. Conferencia en el Palau de la Música Catalana. Centre d’Estudis Jordi Pujol, May 5. <http://www.jordipujol.com> (30.6.2021).
- Pujol, Jordi (2010): Interview with Jordi Pujol i Soley by Cristina Blanco Sío-López, 4. http://www.cvce.eu/obj/transcripcion_de_la_entrevista_de_jordi_pujol_i_soley_barcelona_19_de_marzo_de_2010-es-768ab610-5d50-49bb-8cbc-f450c8d6d94c.html (30.6.2021).
- RTV SLO (2018): Katalonski predsednik v Sloveniji: Povezuje nas želja po ohraniti jezika in kulture. December 6. <https://www.rtvsllo.si/slovenija/katalonski-predsednik-v-sloveniji-povezuje-nas-zelja-po-ohranitvi-jezika-in-kulture/474023%020> (30.6.2021).
- Rupel, Dimitrij (2011): Interview with the author. Ljubljana, May 11.
- Rupel, Dimitrij (2017): Interview with the author. Ljubljana, February 24.
- Santamaría, Antonio (2021): La orfandad política de la burguesía catalana. In: *El Viejo Topo*, March 9. <https://www.elviejotopo.com/topoexpress/orfandad-politica-de-la-burguesia-catalana/> (30.6.2021).
- Sarasa, Sebastiá, Sergio Porcel and Lara Navarro Varas (2013): L’impacte social de la crisi a l’àrea metropolitana de Barcelona i a Catalunya. In: *Papers: Regió Metropolitana de Barcelona*, 56, 81.
- Segovia, Carlos. Las empresas fugadas de Cataluña superan las 4.000. In: *El Mundo*, May 28. <https://www.elmundo.es/economia/2018/05/28/5b0a93b0e5fdeab2528b4583.html> (30.6.2021).
- Solé, Albert (2017): Romeva es reuneix discretament amb els artífexs de la independència d’Eslovènia. In: *ARA*, March. https://www.ara.cat/politica/Romeva-reuneix-discretament-independencia-dEslovenia_0_1760824064.html (30.6.2021).
- Puig, Jaume Suau (2016): El presente en clave histórica. In: *Tiempo devorado*, 3 (1), 152-166.
- Šurc, Matej, and Zgaga, Blaž (2011): *V Imenu države: Preprodaja*. Ljubljana: Sanje.
- Therborn, Göran (1979): *¿Cómo domina la clase dominante?* Madrid: Siglo XXI.
- Urreiztieta, Esteban (2018): El delfín de Junqueras engañó al juez del 1-O con documentos falsificados. In: *El Mundo*, November 2. <https://www.elmundo.es/cataluna/2018/11/02/5bdb6fa8468aebcd7d8b4677.html> (30.6.2021).
- Vila, Santi (2018): *De héroes y traidores*. Barcelona: Península.
- Woodward, Susan (1995a): *Balkan Tragedy: Chaos and Dissolution After the Cold War*. Washington, DC: Brookings Institution.
- Woodward, Susan (1995b): *Socialist Unemployment: The Political Economy of Yugoslavia, 1945-1990*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Woodward, Susan (2017): *The Ideology of Failed States: Why Intervention Fails*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zgaga, Blaž, and Barnett, Antony (2000): British deal fuelled Balkan war. In: *The Observer*, May 28. <http://www.guardian.co.uk/world/2000/may/28/balkans> (30.6.2021).
- Zimmermann, William (1977): The Tito Legacy and Yugoslavia's Future. In: *Problems of Communism*, 26 (3), 19–33.
- Žerdin, Ali (1991): *Generali brez kape: Čas Odbor za varstvo človekovih pravic*. Ljubljana: Krtina.